

Protokoll 191. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 30. Oktober 2013, 17.00 Uhr bis 20.20 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Martin Abele (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Ruth Ackermann (CVP), Marianne Aubert (SP), Urs Schmid (FDP), Guido Trevisan (GLP), Fabienne Vocat (Grüne)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2010/168](#) Geschäftsprüfungskommission, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Irene Bernhard (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2010–2014
3. [2013/336](#) * E Postulat von Martin Bürlimann (SVP) und Dr. Thomas Monn (SVP) vom 25.09.2013: Verzicht auf Aufführungen und Darbietungen auf Friedhöfen STP
4. [2013/344](#) * E Postulat von Severin Pflüger (FDP) und Roger Tognella (FDP) vom 02.10.2013: Städtische Landreserven im Limmattal, Verwendung für Gewerbe- und Industrienutzungen FV
5. [2013/345](#) * E Postulat der Grüne-Fraktion vom 02.10.2013: Autofreies Wohnen bei der kommunalen Wohnsiedlung Leutschenbachstrasse FV
6. [2013/346](#) * E Postulat von Gabriele Kisker (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 02.10.2013: Gestaltungsplan Zollstrasse, optimale Nutzung der Versickerungseignung des Gestaltungsplangebiets VTE
7. [2013/285](#) Weisung vom 21.08.2013: Verein Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH Zürich, Auftragsvermittlung «ETCETERA» Zürich, Beiträge 2014 VS
8. [2013/202](#) Weisung vom 05.06.2013: Tiefbauamt, Baulinienrevision im Industriequartier, Kreis 5, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung und die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung VTE

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|---|-----|
| 9. | 2013/215 | | Weisung vom 12.06.2013:
Tiefbauamt, Baulinienvorlage Friesenberg, Festsetzung | VTE |
| 10. | 2012/237 | A | Postulat von Roger Tognella (FDP) und Claudia Simon (FDP) vom 06.06.2012:
Abbau und kostenneutraler Ersatz der Kunstschleuder «Y» im Hardaupark durch ein geeignetes Objekt aus dem bestehenden Fundus «Kunst am Bau» der Stadt Zürich | VTE |
| 11. | 2012/246 | A/P | Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 13.06.2012:
Ausbau der Nordumfahrung, Realisierung von flankierenden Massnahmen | VTE |
| 12. | 2012/292 | A/P | Motion von Marianne Dubs Früh (SP) und Michel Urben (SP) vom 11.07.2012:
Erstellung einer durchgehenden Busspur in beiden Fahrtrichtungen auf der Wehntalerstrasse ab Haltestelle Neu Affoltern bis zur Endstation Holzerhurd | VTE |
| 13. | 2012/319 | E/A | Postulat der SVP- und FDP-Fraktion vom 29.08.2012:
Parkhaus Opéra, Schaffung von 50 zusätzlichen Parkplätzen als Teilkompensation für die in der Innenstadt durch Baustellen gesperrten Parkplätze | VTE |
| 14. | 2012/461 | A | Postulat von Marc Bourgeois (FDP) und Michael Baumer (FDP) vom 05.12.2012:
Masterplan Velo, Verzicht auf die Ausgaben für die «übrigen Handlungsfelder» | VTE |
| 15. | 2012/464 | | Interpellation von Marc Bourgeois (FDP) und Roger Tognella (FDP) vom 05.12.2012:
Masterplan Velo, Finanzierung der Umsetzung sowie Bestimmung der Vergleichsgrössen zur Messung der Zielerreichung | VTE |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

4387. 2013/354
Motion der SP-, SVP-, FDP-, CVP-Fraktion und 4 Mitunterzeichnenden vom 23.10.2013:
Tramlinie 2, Verzicht auf eine Verlegung zum Bahnhof Altstetten

Alan David Sangines (SP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 6. November 2013 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Roger Tognella (FDP) stellt den Ordnungsantrag, die Fraktionserklärungen betreffend Modulbau des Universitätsspitals erst bei Anwesenheit von STR Claudia Nielsen zu halten.

Der Ordnungsantrag wird mit 24 gegen 31 Stimmen abgelehnt.

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4388. 2013/362

**Erklärung der SP-Fraktion vom 30.10.2013:
Ablehnung der Bewilligung für den Modulbau des Universitätsspitals**

Namens der SP-Fraktion verliest Min Li Marti (SP) folgende Fraktionserklärung:

Das Gesetz gilt auch für den Regierungsrat

Die SP-Fraktion anerkennt die Wichtigkeit des Universitätsspitals. Gerade darum ist hier ein sorgfältiges Vorgehen angesagt. Stadt und Kanton müssen – im Interesse der Bevölkerung – gemeinsame Lösungen suchen. Klar ist, dass das Gesetz für alle gilt. Das vorliegende Baugesuch erfüllt aus Sicht der Stadt die Vorgaben nicht.

Für uns steht ausser Frage, dass die Stadt dem kantonalen Gesetz folgen muss. Das Recht gilt für alle. Der geplante Modulbau würde in einer Freihaltezone zu stehen kommen – das ist für die Bausektion auch für ein Provisorium unzulässig. Das scheint auch angesichts der Dimensionen des Projekts bedenkenswert, zumal sich viele Provisorien zum Schluss als Providurien herausstellen. Das Provisorium käme zudem in einem denkmalgeschützten Park zu stehen, der als „grüne Lunge“ für das Quartier sehr wichtig ist.

Das Hauptproblem bei dieser komplexen Geschichte sind nicht in erster Linie Meinungsverschiedenheiten zwischen Stadt und Kanton, sondern fehlende Planung. Es geht hier explizit nicht um eine Retourkutsche der Stadt. Das Unispital und der Kanton haben schlicht ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Sie haben es denn auch verpasst, einen Plan B zu entwickeln. Zudem ist die Revision des Masterplans für das Hochschulgebiet, der die Grundlage für die Spitalerneuerung wäre, noch nicht abgeschlossen. Damit fehlen die planerischen Grundlagen für ein Bauprojekt.

Es ist richtig und sinnvoll, dass jetzt die Rechtslage geklärt wird, da offensichtlich andere Vorstellungen bezüglich der rechtlichen Auslegung vorhanden sind. Für die Zukunft des Unispitals und der beiden Stadtspitäler braucht es jetzt mehr denn je einen echten Dialog und kein Schwarz-Peter-Spiel. Für diese Suche nach konstruktiven Lösungen, die angesichts der für uns unbestrittenen hohen Bedeutung der Zürcher Spitäler und des gesamten Hochschulquartiers dringend ist, stehen die SP und alle ihre Exponentinnen und Exponenten gerne zur Verfügung. Denn für uns ist klar: Gemeinsame Lösungen findet man gewiss nicht mit öffentlicher Polemik.

4389. 2013/363

**Erklärung der SVP-Fraktion vom 30.10.2013:
Ablehnung der Bewilligung für den Modulbau des Universitätsspitals**

Namens der SVP-Fraktion verliest Mauro Tuena (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Bausektion des Stadtrates gefährdet Menschenleben

Die rot/grüne Verhinderungspolitik in der Stadt Zürich schlägt erneut zu. Diesmal gefährdet die Bausektion des Zürcher Stadtrates das Universitätsspital (USZ) und damit die Gesundheitsversorgung der Zürcher Bevölkerung, weil sie die Bewilligung für einen dringend benötigten provisorischen Modulbau für das Universitätsspital im Park auf dessen Areal verweigert. Offensichtlich entschied sich die Bausektion lieber für den Schutz eines Parks als für die Gesundheit und das Wohlergehen von Menschen. Eine seltsame Güterabwägung!

Die Stadt Zürich gefährdet mit dieser Entscheidung nicht nur das einwandfreie Funktionieren des Universitätsspitals, sondern die Interessen von tausenden von Patientinnen und Patienten, welche auf ein funktionie-

rendes Universitätsspital dringend angewiesen sind. Der jetzt nötige langwierige Gang vor das Baurekursgericht ist ein Affront für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, welche die Zeche für diese juristische Wahnsinnstat der Bausektion des Stadtrates berappen müssen, aber auch ein Affront gegenüber kranken Menschen, welche auf das Universitätsspital angewiesen sind. Mit der Verhinderung wird dem Universitätsspital zudem eine effizientere Arbeitsweise verunmöglicht. Damit werden die Kosten im Gesundheitswesen unnötigerweise hochgetrieben. Dies nicht zuletzt auch zu Lasten der Prämienzahler in unserem Kanton.

Die SVP Gemeinderatsfraktion verurteilt das rücksichtslose Verhalten der Zürcher Stadtregierung. Offensichtlich sind den rot/grünen Stadträten ideologisch ausgelegte Bauvorschriften sowie Grünflächen und Blümchen des Spitalparks wichtiger als das Funktionieren des wichtigsten Spitals im Kanton Zürich. Die Wählerinnen und Wähler haben die Möglichkeit, dieser rot/grünen Verweigerungshaltung an den kommenden Stadt- und Gemeinderatswahlen eine klare Absage zu erteilen.

4390. 2013/364

Erklärung der FDP-Fraktion vom 30.10.2013:

Ablehnung der Bewilligung für den Modulbau des Universitätsspitals

Namens der FDP-Fraktion verliest Tamara Lauber (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Zukunftsfähige Strukturen statt bürokratisches Hickhack

Mit dem gestrigen Entscheid der Bausektion ist die Erfüllung des universitätsmedizinischen Leistungsauftrags nach Einschätzung des Kantons gefährdet. Dies ist für die FDP-Fraktion nicht hinnehmbar. In der Güterabwägung zwischen "unberührter" Parklandschaft und dem Funktionieren des Universitätsspitals, geben wir letzterem den Vorzug. Wenn die geltenden Rechtsgrundlagen diese Priorisierung nicht zulassen, müssten die Rechtsgrundlagen geändert werden.

Der Streit um die verweigerte Baubewilligung, aber auch die ungelöste Diskussion um die Frage der Herzmedizin, um einen weiteren Konfliktpunkt zwischen der Stadt und dem Kanton im Gesundheitswesen zu nennen, lenken aber von viel grundsätzlicheren Fragen ab, die dringend angegangen werden müssen.

Regierungsrat Thomas Heiniger hat die Vision einer Zusammenlegung aller drei grossen öffentlichen Spitäler in der Stadt Zürich präsentiert. Die Vision des Gesundheitsdirektors muss intensiv geprüft werden. Klar ist, dass auf Grund der bestehenden Organisationsstrukturen dafür sowohl im Kanton, als auch in der Stadt Zürich viele Hausaufgaben gelöst werden müssen. Was die Stadt betrifft, stossen wir diese heute mit einer Interpellation an. Für eine bestmögliche medizinische Versorgung der Bevölkerung, zukunftsfähige Spitäler und einen erfolgreichen Standort Zürich bietet das sich wandelnde gesundheitspolitische Umfeld grosse Chancen. Aber damit diese genutzt werden können, braucht es in der städtischen Politik einen grossen Wurf. Die heutige Struktur mit Spitälern, die als Dienstabteilung geführt werden, ist nicht mehr zeitgemäss. Mit überholten - ausserhalb der städtischen Verwaltung in der zürcherischen Spitallandschaft nicht mehr existenten - Strukturen, können die anstehenden Herausforderungen nicht gemeistert werden.

4391. 2013/365

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 30.10.2013:

Ablehnung der Bewilligung für den Modulbau des Universitätsspitals

Namens der Grüne-Fraktion verliest Gabriele Kisker (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Der Stadtrat hat richtig entschieden

Zum gestern bekanntgewordenen Entscheid des Stadtrates in Sachen Unispital möchten wir folgendes festhalten:

Im Masterplan 2005, den Stadt und Kanton zur Aufwertung des Hochschulquartiers angefertigt haben, wurde der Park als Kernstück des Grünraumkonzepts bezeichnet und dabei sogar noch vergrössert. Im Widerspruch zu diesem gemeinsam erarbeiteten Planungsinstrument, also zu seiner eigenen Planung, ist der Kanton Zürich nun gewillt, den Park zu verkleinern. Der sechsgeschossige Bau hätte das Areal über Jahrzehnte massiv beeinträchtigt. Der Park ist jedoch denkmalpflegerisch wertvoll und auch für das Quartier äusserst wichtig. Er hat als grüne Lunge eine wichtige Funktion. Der Kanton Zürich hatte zu einem früheren Zeitpunkt einen möglichen Alternativstandort ins Spiel gebracht, zum Beispiel an der Gloriastrasse. Nun will er davon nichts mehr wissen.

Auch durch eine andere Aufteilung der medizinischen Versorgung mit Hilfe der Stadtspitäler Waid und Triemli wäre das Unispital langfristig entlastet und der Standort Zürich in keiner Weise gefährdet worden. Diese Spitäler wurden aber vom Kanton nicht berücksichtigt. Alle sinnvollen Optionen wurden vom Regierungsrat somit ausgeschlagen und der Weg gewählt, mit politischem Druck, eine rechtliche unzulässige Lösung zu erzwingen. Dadurch hat der Regierungsrat selber einen Scherbenhaufen verursacht und geht heute lieber den Rechtsweg auf Kosten eines geschützten Parks, einer Grünen Lunge und letztlich auch auf Kosten der Patientinnen und Patienten.

4392. 2013/366**Erklärung der AL-Fraktion vom 30.10.2013:****Ablehnung der Bewilligung für den Modulbau des Universitätsspitals**

Namens der AL-Fraktion verliest Andreas Kirstein (AL) folgende Fraktionserklärung:

Keine städtische Gesundheitsversorgung ohne stadteigene Spitalinfrastruktur

Für die Alternative Liste ist die Entscheidung der Bausektion nachvollziehbar, in einer Freihaltezone und einem für das Spital aber auch das umliegende Quartier so wichtigen Park kein mindestens 20-jähriges Bauprovisorium zuzulassen.

Im Gefolge der nicht erteilten Baubewilligung für das Provisorium im Spitalpark bringt der kantonale Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger den völlig unausgegorenen Vorschlag einer vollständigen Zusammenführung der Stadtspitäler mit dem Universitätsspital aufs Tapet.

Die AL ist klar der Meinung, dass die Stadt Zürich gut beraten ist, der eigenen Spitalinfrastruktur Sorge zu tragen. Sie ist zusammen mit ihren ambulanten Angeboten ein wichtiger Eckpfeiler der städtischen Gesundheitspolitik.

Es wäre fatal, wenn die städtische Spitalversorgung noch weiter in den Einflussbereich der zur Zeit rein ökonomistisch ausgerichteten Gesundheitspolitik des Kantons geraten würde.

Die fehlende Strategie des kantonalen Gesundheitsdirektors im Bereich Spitalträgerschaft im allgemeinen und die Privatisierungspläne für das Kantonsspital Winterthur im speziellen empfehlen Herrn Heiniger nicht als Ratgeber städtischer Spitalpolitik. Dessen vollmundige Behauptung, er könne die Fusion im Prinzip verordnen, entbehrt jeder rechtlichen Grundlage. Es obliegt dem Kanton zwar die Spitalbedarfsplanung, die konkrete Umsetzung des Bedarfs ist aber Aufgabe der verschiedenen Trägerinstitutionen.

Zudem macht der Zusammenschluss auch inhaltlich wenig Sinn, zu unterschiedlich sind die organisatorische Einbettung der drei Spitäler, zu unterschiedlich auch ihre medizinische Ausrichtung und ihre Klientel. Vorstellbar ist allenfalls, den reinen Spitalbetrieb am Universitätsspital stärker vom universitären Lehr- und Forschungsauftrag zu trennen und hier eine stärkere Einbindung in die städtische Spitalinfrastruktur anzustreben.

4393. 2013/367**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 30.10.2013:****Sexuelle Belästigungen beim ewz**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Karin Rykart Sutter (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Nulltoleranz für sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz

Die NZZ am Sonntag vom 27. Oktober 2013 hat unter dem Titel „Sexismus-Vorwürfe beim Zürcher Elektrizitätswerk“ den Fall publik gemacht, dass drei ehemalige Mitarbeiterinnen des EWZ dem Vizedirektor und weiteren Kadermitarbeitern sexuelle Belästigung vorwerfen. Der Vizedirektor hat nun die Konsequenzen gezogen und seine Stelle gekündigt. Die drei Frauen hingegen haben bereits vor längerer Zeit das Unternehmen verlassen.

Die Grünen fordern von allen städtischen Dienstabteilungen – auch beim EWZ – eine Nulltoleranz für sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz. Im städtischen Personalrecht ist dies auch so festgehalten. Es ist deshalb unverständlich, weshalb die drei Frauen, welche den Mut hatten, sich gegen die über längere Zeit andauernden verbalen sexuellen Angriffen von verschiedenen Kadermitarbeitern zu wehren, ihren Arbeitsplatz verliessen, hingegen die Täter - mit der Ausnahme des Vizedirektors - nach wie vor beim EWZ arbeiten.

Die Grünen fordern deshalb zusammen mit der SP in einem Beschlussantrag, dass die GPK diese Vorfälle bzw. Vorwürfe untersucht und danach dem Gemeinderat Bericht erstattet.

Gleichzeitig reiche ich heute eine schriftliche Anfrage ein, damit die Öffentlichkeit und insbesondere auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim EWZ schnell mehr Informationen zu den Vorfällen erhalten. Es ist wichtig, dass sich ein solcher Fall nicht wiederholen kann und es wichtig, dass wieder Ruhe im EWZ einkehrt und es ist insbesondere wichtig, dass die betroffenen Frauen wissen, dass der Gemeinderat die Angelegenheit untersucht und sie ernst nimmt.

Die Grünen bitten Sie deshalb, den Beschlussantrag zu unterstützen.

G e s c h ä f t e

4394. 2010/168

Geschäftsprüfungskommission, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Irene Bernhard (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2010–2014

Es wird mit Wirkung ab 4. November 2013 gewählt:

Maleica Landolt (GLP)

Mitteilung an den Stadtrat und die Gewählte

4395. 2013/336

Postulat von Martin Bürlimann (SVP) und Dr. Thomas Monn (SVP) vom 25.09.2013: Verzicht auf Aufführungen und Darbietungen auf Friedhöfen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4396. 2013/344

Postulat von Severin Pflüger (FDP) und Roger Tognella (FDP) vom 02.10.2013: Städtische Landreserven im Limmattal, Verwendung für Gewerbe- und Industrienutzungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

4397. 2013/345**Postulat der Grüne-Fraktion vom 02.10.2013:****Autofreies Wohnen bei der kommunalen Wohnsiedlung Leutschenbachstrasse**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Hungerbühler (CVP) stellt namens der CVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

4398. 2013/346**Postulat von Gabriele Kisker (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 02.10.2013:****Gestaltungsplan Zollstrasse, optimale Nutzung der Versickerungseignung des Gestaltungsplangebiets**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Gabriele Kisker (Grüne) vom 23. Oktober 2013 (vergleiche Protokoll-Nr. 4350/2013)

Die Dringlicherklärung wird von 68 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

4399. 2013/285**Weisung vom 21.08.2013:****Verein Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH Zürich, Auftragsvermittlung «ETCETERA» Zürich, Beiträge 2014**

Antrag des Stadtrats

1. Dem Verein Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH Zürich wird für das Angebot ETCETERA für das Jahr 2014 ein leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 279 300.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) gewährt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung des Beitragssatzes wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Sylvie Fee Matter (SP)

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Sylvie Fee Matter (SP), Referentin; Vizepräsident Hans Urs von Matt (SP), Pascal Lamprecht (SP), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Felix Moser (Grüne), Marcel Savarioud (SP), Christian Traber (CVP) i. V. von Karin Weyermann (CVP)
Minderheit:	Hedy Schlatter (SVP), Referentin; Präsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Sven Oliver Dogwiler (SVP)
Enthaltung:	Martin Bürki (FDP), Ursula Uttinger (FDP)
Abwesend:	Guido Hüni (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 24 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Dem Verein Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH Zürich wird für das Angebot ETCETERA für das Jahr 2014 ein leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 279 300.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) gewährt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung des Beitragssatzes wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 6. November 2013 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 5. Dezember 2013)

4400. 2013/202

Weisung vom 05.06.2013:

Tiefbauamt, Baulinienrevisionen im Industriequartier, Kreis 5, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung und die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung

Antrag des Stadtrats

1. Die Baulinien im Industriequartier werden gemäss Vorlage des Stadtrats, Baulinienplan Nr. 2013-16, abgeändert, gelöscht bzw. neu festgesetzt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am Baulinienplan Nr. 2013-16 in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sie sich als Folge von Rekursen oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich zu veröffentlichen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Simone Brander (SP)

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Zustimmung: Marianne Aubert (SP), Referentin; Präsident Mauro Tuena (SVP), Vizepräsident Roger Tognella (FDP), Marc Bourgeois (FDP), Simone Brander (SP), Patrick Hadi Huber (SP) i. V. von Alan David Sangines (SP), Markus Hungerbühler (CVP), Kurt Hüsey (SVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Philipp Käser (GLP) i. V. von Guido Trevisan (GLP), Markus Knauss (Grüne), Matthias Probst (Grüne), Roland Scheck (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 115 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die Baulinien im Industriequartier werden gemäss Vorlage des Stadtrats, Baulinienplan Nr. 2013-16, abgeändert, gelöscht bzw. neu festgesetzt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am Baulinienplan Nr. 2013-16 in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sie sich als Folge von Rekursen oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich zu veröffentlichen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 6. November 2013 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 5. Dezember 2013)

4401. 2013/215

Weisung vom 12.06.2013:

Tiefbauamt, Baulinienvorlage Friesenberg, Festsetzung

Antrag des Stadtrats

1. Die Baulinien entlang dem SZU-Trasse zwischen der Bühlstrasse und der Friesenbergstrasse sowie die Baulinie der Friesenbergstrasse im Bereich der Liegenschaft Nr. 145 werden gemäss Vorlage des Stadtrats, Baulinienplan Nr. 2013-12, abgeändert, gelöscht bzw. neu festgesetzt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am Baulinienplan Nr. 2013-12 in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sie sich als Folge von Rekursen oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich zu veröffentlichen.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Kurt Hüsey (SVP)

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Zustimmung: Kurt Hüsey (SVP), Referent; Präsident Mauro Tuena (SVP), Vizepräsident Roger Tognella (FDP), Marianne Aubert (SP), Marc Bourgeois (FDP), Simone Brander (SP), Patrick Hadi Huber (SP) i. V. von Alan David Sangines (SP), Markus Hungerbühler (CVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Philipp Käser (GLP) i. V. von Guido Trevisan (GLP), Markus Knauss (Grüne), Matthias Probst (Grüne), Roland Scheck (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 109 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die Baulinien entlang dem SZU-Trasse zwischen der Bühlstrasse und der Friesenbergstrasse sowie die Baulinie der Friesenbergstrasse im Bereich der Liegenschaft Nr. 145 werden gemäss Vorlage des Stadtrats, Baulinienplan Nr. 2013-12, abgeändert, gelöscht bzw. neu festgesetzt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am Baulinienplan Nr. 2013-12 in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sie sich als Folge von Rekursen oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich zu veröffentlichen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 6. November 2013 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 5. Dezember 2013)

4402. 2012/237

**Postulat von Roger Tognella (FDP) und Claudia Simon (FDP) vom 06.06.2012:
Abbau und kostenneutraler Ersatz der Kunstschleuder «Y» im Hardaupark durch ein geeignetes Objekt aus dem bestehenden Fundus «Kunst am Bau» der Stadt Zürich**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Roger Tognella (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2786/2012).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Dr. Martin Mächler (EVP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Kunstschleuder «Y» im Hardaupark abgebaut und kostenneutral gegen ein geeignetes kindertaugliches Spielobjekt ~~Objekt~~ aus dem ~~bestehenden~~ Fundus «Kunst am Bau» der Stadt Zürich ersetzt werden kann.

Roger Tognella (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 51 gegen 66 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

4403. 2012/246

**Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 13.06.2012:
Ausbau der Nordumfahrung, Realisierung von flankierenden Massnahmen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenezunehmen.

Simone Brander (SP) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 2813/2012).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Simone Brander (SP) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 72 gegen 46 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4404. 2012/292

**Motion von Marianne Dubs Früh (SP) und Michel Urben (SP) vom 11.07.2012:
Erstellung einer durchgehenden Busspur in beiden Fahrrichtungen auf der
Wehntalerstrasse ab Haltestelle Neu Affoltern bis zur Endstation Holzerhurd**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marianne Dubs Früh (SP) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 2931/2012).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Marianne Dubs Früh (SP) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 67 gegen 52 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4405. 2012/319

**Postulat der SVP- und FDP-Fraktion vom 29.08.2012:
Parkhaus Opéra, Schaffung von 50 zusätzlichen Parkplätzen als Teilkompensation
für die in der Innenstadt durch Baustellen gesperrten Parkplätze**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marc Bourgeois (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3027/2012).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Markus Knauss (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 19. September 2012 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 44 gegen 68 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

4406. 2012/461**Postulat von Marc Bourgeois (FDP) und Michael Baumer (FDP) vom 05.12.2012:
Masterplan Velo, Verzicht auf die Ausgaben für die «übrigen Handlungsfelder»**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Marc Bourgeois (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3389/2012).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Gian von Planta (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob auf die Hälfte der Ausgaben von 12 Mio. für die „übrigen Handlungsfelder“ im Rahmen des Masterplan Velo verzichtet werden kann.

Marc Bourgeois (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 35 gegen 79 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

4407. 2012/464**Interpellation von Marc Bourgeois (FDP) und Roger Tognella (FDP) vom
05.12.2012:
Masterplan Velo, Finanzierung der Umsetzung sowie Bestimmung der Vergleichs-
grössen zur Messung der Zielerreichung**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 444 vom 22. Mai 2013).

Marc Bourgeois (FDP) nimmt Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4408. 2013/368**Beschlussantrag der SP- und Grüne-Fraktion vom 30.10.2013:
Missstände in der Führung des ewz im Zusammenhang mit den sexuellen Belästigungen, Untersuchung und Bericht durch die Geschäftsprüfungskommission
(GPK)**

Von der SP- und Grüne-Fraktion ist am 30. Oktober 2013 folgender Beschlussantrag eingereicht worden:

Die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats (GPK) wird beauftragt, die Missstände in der Führung des EWZ im Zusammenhang mit den sexuellen Belästigungen an verschiedenen Mitarbeiterinnen zu untersuchen und dem Parlament darüber Bericht zu erstatten.

Im Speziellen sollen dabei die Rollen der involvierten Stadträte, der ewz-Führung, der Ombudsfrau und der Fachstelle für Gleichstellung untersucht werden. Der Bericht soll klären, in welchem Ausmass das Betriebsklima im ewz durch sexuelle Belästigungen beeinträchtigt wird und welche Massnahmen getroffen wurden.

Begründung:

Die NZZ am Sonntag vom 27. Oktober 2013 hat unter dem Titel „Sexismus-Vorwürfe beim Zürcher Elektrizitätswerk“ den Fall publik gemacht, dass drei ehemalige Mitarbeiterinnen des EWZ dem Vizedirektor und weiteren Kadermitarbeitern sexuelle Belästigung vorwerfen. Der Vizedirektor hat nun gekündigt, die drei Mitarbeiterinnen haben bereits vor längerer Zeit das Unternehmen verlassen.

Mitteilung an den Stadtrat

4409. 2013/369

Motion von Dr. Marcel Schönbächler (CVP) und Peter Küng (SP) vom 30.10.2013: Areal an der Ecke Baumgartner-, Zweier- und Freyastrasse, Vorlage für eine kommunale Wohnüberbauung oder eine Überbauung durch eine gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft

Von Dr. Marcel Schönbächler (CVP) und Peter Küng (SP) ist am 30. Oktober 2013 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, um auf dem Areal an der Ecke Baumgartner-, Zweier- und Freyastrasse unter Einbezug der Liegenschaften Freyastrasse 19 und 21 der PWG-Stiftung und des jetzigen Jugendfoyers OJA Kreis 3&4 eine kommunale Wohnüberbauung zu erstellen oder eine Überbauung durch eine gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft zu ermöglichen.

Begründung:

Das Areal an der Ecke Baumgartner-, Zweier- und Freyastrasse hat Überbauungspotential und präsentiert sich mitten im Kreis 4 zurzeit als wenig einladend. Auf dem Gelände stehen die Liegenschaften Freyastrasse 19 und 21 der PWG-Stiftung sowie das Jugendfoyer der OJA Kreis 3&4 (Zweierstrasse 61, 8004 Zürich). Zudem dient der grösste Teil des Areals als fremdvermieteter Autoparkplatz.

Auf diesem Areal soll eine kommunale Wohnüberbauung oder eine Überbauung durch eine gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft erstellt werden. In der Stadt Zürich ist zurzeit Wohnraum, aber auch Raum für das Kleingewerbe, eher Mangelware. Durch eine solche Überbauung liesse sich das auch heute noch stark belastete Wohnumfeld der gesamten umliegenden Gegend wesentlich aufwerten und der genannte Perimeter besser und sinnvoller ausnutzen.

Ein wichtiges Anliegen dabei ist, dass insbesondere das Jugendfoyer OJA in die neue Überbauung miteinbezogen und integriert wird, damit ihr Standort weiterhin dort verbleiben kann.

Mitteilung an den Stadtrat

4410. 2013/370

Interpellation von Michael Schmid (FDP) und Tamara Lauber (FDP) vom 30.10.2013: Stadtspitäler Zürich, mögliche Auswirkungen anderer Organisationsformen und Kooperationen

Von Michael Schmid (FDP) und Tamara Lauber (FDP) ist am 30. Oktober 2013 folgende Interpellation eingereicht worden:

In den vergangenen Jahren haben sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und kantonaler Ebene (namentlich KVG des Bundes, Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz des Kantons Zürich und Zürcher Spitalplanung 2012) im Spitalwesen grundlegend verändert. Ebenso führen die medizinische und strukturelle Entwicklung sowie Controlling- und Rechnungslegungsanforderungen dazu, dass die Führung von Spitälern als städtische Dienstabteilungen aus Sicht der Interpellanten nicht mehr die geeignete Organisationsform darstellt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welcher administrative Aufwand würde entbehrlich, wenn die Stadtspitäler nicht mehr als städtische Dienstabteilung, sondern in einem selbstständigen Rechtsträger geführt würden?
2. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass vertiefte Kooperationen mit anderen Spitälern in Zukunft zum Wohle der Patienten zunehmende Bedeutung erlangen werden und durch eine Verselbständigung der Stadtspitäler vereinfacht werden könnten?
3. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass die Überführung der Stadtspitäler in eine Aktiengesellschaft die besten Entwicklungschancen für die Zukunft eröffnen könnte, vor allem aus medizinischen und ökonomischen Überlegungen heraus? Was wären die Vor- und Nachteile im Vergleich zu anderen in Frage kommenden Rechtsträger (namentlich öffentlich-rechtliche Anstalt und Stiftung)?
4. Trifft es zu, dass eine Verselbständigung in Form einer Aktiengesellschaft keine Präjudizierung in Bezug auf die Eigentumsverhältnisse oder die Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse beinhaltet, sondern dass diese im Rahmen des Ausgliederungsprozesses politisch ausgehandelt werden könnten und müssten?
5. Sollte die Stadt Zürich aus Sicht des Stadtrats zu 100% Eigentümerin sein oder wäre eine Beteiligung Dritter anzustreben?
6. Sollten die Arbeitsverhältnisse aus Sicht des Stadtrats im Rahmen eines Gesamtarbeitsvertrags geregelt werden? Hat der Stadtrat bereits Vorstellungen, wie die Arbeitsverhältnisse im Wesentlichen ausgestaltet werden sollten?
7. Welche finanziellen Auswirkungen hätte eine Ausgliederung auf Bilanz und Rechnung der Stadt Zürich?

Mitteilung an den Stadtrat

Der Beschlussantrag, die Motion und die Interpellation werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

4411. 2013/371

Dringliche Schriftliche Anfrage von Karin Rykart Sutter (Grüne) und 31 Mitunterzeichnenden vom 30.10.2013:

Sexuelle Belästigungen beim ewz, interne Abläufe und Massnahmen

Von Karin Rykart Sutter (Grüne) und 31 Mitunterzeichnenden ist am 30. Oktober 2013 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die NZZ am Sonntag vom 27. Oktober 2013 hat unter dem Titel „Sexismus-Vorwürfe beim Zürcher Elektrizitätswerk“ den Fall publik gemacht, dass drei ehemalige Mitarbeiterinnen des EWZ dem Vizedirektor und weiteren Kadermitarbeitern sexuelle Belästigung vorwerfen. Der Vizedirektor hat nun gekündigt, die drei Mitarbeiterinnen haben bereits vor längerer Zeit das Unternehmen verlassen. Wir bitten den Stadtrat im Zusammenhang mit diesen Vorfällen um die Beantwortung folgender Fragen:

- Zu welchem Zeitpunkt wurden der Direktor und der Departementsvorsteher über die Vorfälle informiert? Welche Informationen haben sie zu welchem Zeitpunkt erhalten?
- Was wurde seitens des Direktors und des Departementsvorstehers unternommen? Wann wurden welche Gespräche mit welchen Personen geführt?
- Auf welchem Zeitpunkt haben die drei ehemaligen Mitarbeiterinnen gekündigt? Bis zu welchem Zeitpunkt haben die drei ehemaligen Mitarbeiterinnen gearbeitet? Ab wann wurden sie krankgeschrieben? Kam das städtische Case Management zum Einsatz?
- Was war die Reaktion seitens des ewz auf die Kündigungen? Wurden Vereinbarungen unterzeichnet? Wurden Entschädigungen gezahlt? Wenn ja, wie viel?
- Wann wurde die Fachstelle für Gleichstellung informiert? Wurde auch die Stadtpräsidentin informiert? Wenn ja, wann?
- Welche Informationen hat die Fachstelle für Gleichstellung und die Stadtpräsidentin zu welchem Zeitpunkt erhalten?
- Was wurde seitens der Fachstelle für Gleichstellung unternommen? Wurden Gespräche mit den involvierten Personen geführt? Wenn ja, wann?
- Wurde der Einbezug der Ombudsfrau geprüft? Wenn nein, weshalb nicht?

- Wurden weitere Stellen wie z.B. die Schlichtungsbehörde nach Gleichstellungsgesetz einbezogen? Wenn ja, welche? Wenn nein, weshalb nicht?
- Wann wurde beschlossen, ein externes Gutachten einzuholen? Wer gab den Auftrag und wer hat entschieden, wer das Gutachten erstellt? Was waren die Kriterien für die Erteilung des Auftrages? Wer hat sie definiert?
- Wann wurden der Direktor des ewz, der Departementsvorsteher und die Fachstelle für Gleichstellung über das Resultat dieses externen Gutachtens informiert?
- Was waren die Reaktionen auf das Gutachten? Wurde das Gutachten von allen Parteien akzeptiert? Wenn nein, was waren die Kritikpunkte am Gutachten? Wenn nein, wurde eine Nachfolgeuntersuchung angeordnet? Wenn nein, weshalb nicht?
- Wurde über das Gutachten Stillschweigen vereinbart? Wenn ja, weshalb?
- Welche Massnahmen wurden danach wann ergriffen? Welche Massnahmen bzw. Sanktionen wurden oder werden gegenüber den weiteren involvierten Kaderleuten, welche ebenfalls die drei ehemaligen Mitarbeiterinnen sexuell belästigt haben, geprüft?
- Wie und wann wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom ewz informiert? Gab es Reaktionen seitens des Personals? Wenn ja, welche?
- Welche Massnahmen werden ergriffen, dass ein solcher Vorfall nicht mehr passiert? Wer überprüft in Zukunft die Einhaltung der Massnahmen? Was wird seitens des ewz unternommen, um den Reputationschaden zu reparieren?
- Welche Massnahmen werden seitens des ewz unternommen, dass auch in Zukunft Frauen beim ewz arbeiten können bzw. wollen?
- Was hat das ganze Verfahren inkl. Erstellen des Berichts, allfälligen Abgangsentschädigungen etc. für die ewz gekostet?

Mitteilung an den Stadtrat

4412. 2013/372

Schriftliche Anfrage von Rebekka Wyler (SP) und Linda Bär (SP) vom 30.10.2013: Fussball-WM 2022 der FIFA in Qatar, Hintergründe zu den Arbeitsbedingungen auf den Baustellen und Imagefolgen für Zürich

Von Rebekka Wyler (SP) und Linda Bär (SP) ist am 30. Oktober 2013 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In der letzten Zeit häuften sich Medienberichte über die unhaltbaren Zustände auf den Stadion-Baustellen für die Fussball-WM 2022 in Qatar. Gemäss der britischen Zeitung "The Guardian" haben aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen, grosser Hitze und ungenügender Hygiene bereits 44 nepalesische Wanderarbeiter ihr Leben verloren. Wenn die Bedingungen nicht umgehend verbessert werden, werden noch mehr Menschen umkommen.

Doch der internationale Fussballverband FIFA, der die WM ausrichtet, weist jegliche Verantwortung für die skandalösen Vorfälle weit von sich: Man organisiere bloss ein Sportereignis. Auf der FIFA-Homepage kommt Verbandspräsident Joseph Blatter zu Wort, um seiner Freude über ein Zusammentreffen mit dem Emir von Qatar Ausdruck zu geben. Die Arbeitsbedingungen auf den WM-Baustellen waren offensichtlich kein Thema im Gespräch zwischen dem FIFA-Präsidenten und dem Emir. Geschweige denn die Rahmenbedingungen in der absoluten Monarchie, die solche Missstände – darunter auch Zwangsarbeit – überhaupt erst ermöglichen. Offizielle Vertreter/innen der Stadt Zürich betonen immer wieder, welche hohe Bedeutung der FIFA-Sitz für die Stadt habe (vgl. beispielsweise GR Nr. 2006/169). Gleichzeitig tauchen auch im Gemeinderat immer wieder Fragen zum Geschäftsgebaren der FIFA, zur Besteuerung und zur sozialen Verantwortung des Verbandes auf.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie stellt sich der Stadtrat zu den zahlreichen Todes- und Unglücksfällen auf den WM-Baustellen in Qatar?
2. Ist der Stadtrat der Meinung, dass die FIFA und ihre Führung hier eine Mitverantwortung tragen?
3. Wenn ja, gedenkt der Stadtrat, gegenüber der FIFA entsprechend vorstellig zu werden und Massnahmen zugunsten der Arbeiter auf den WM-Baustellen einzufordern?

4. Wenn nein, weshalb nicht?
5. Ist der Stadtrat weiterhin der Meinung, dass der FIFA-Sitz für die Stadt Zürich eine grosse Bedeutung habe?
6. Wenn ja, weshalb?
7. Wie gross schätzt der Stadtrat den Imageschaden für Zürich, wenn die hier beheimatete FIFA mit menschenverachtenden Arbeitsbedingungen in Verbindung gebracht wird?
8. Was wären die Folgen für die Stadt Zürich, wenn die FIFA ihren Sitz in der Stadt aufgeben würde?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

**4413. 2010/173
SK GUD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Andrea Hochreutener (SP) für den Rest der Amtsdauer 2012–2014**

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 28. Oktober 2013):

Marcel Savarioud (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

**4414. 2010/175
SK SD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Marcel Savarioud (SP) für den Rest der Amtsdauer 2012–2014**

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 28. Oktober 2013):

Michael Kraft (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

**4415. 2013/261
Schriftliche Anfrage von Hans Jörg Käppeli (SP) vom 03.07.2013:
Netzentwicklungsstrategie 2030, Grundlagen für den Linienführungsentscheid für das Tram Affoltern**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 968 vom 23. Oktober 2013).

4416. 2013/262

**Schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.07.2013:
Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ), Umsetzungsstand bezüglich der In-
tegration sowie der kostendeckenden Erwachsenentarife**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 941 vom 23. Oktober 2013).

Nächste Sitzung: 6. November 2013, 17 Uhr.